

Nein zum Krieg! Nein zur NATO!



Sie reden von „Sicherheit“ und „Humanität“, doch ihre Politik hat Krieg, Folter und globale Militarisation zur Folge. Anfang April 2009 will die NATO in Strasbourg und Baden-Baden ihren 60. Geburtstag feiern. Sie beabsichtigt, ein neues strategisches Konzept zu verabschieden, das – wie das bisherige - der Aufrechterhaltung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung dient und den ungehinderten Zugang zu den Rohstoff- und Energievorräten der Welt mit militärischer Gewalt zu sichern versucht. Die NATO schließt dabei weder Präventivkriege noch den Ersteinsatz von Atomwaffen aus. Die NATO-Staaten verantworten rund 75% der weltweiten Rüstungsexporte und geben jährlich ca. 900 Mrd. Euro für Rüstung aus. Nur 10% davon würden ausreichen, um die Armut auf der Welt zu halbieren. Das würde in der Tat mehr „Sicherheit“ und „Humanität“ bedeuten. Bewusst werden diese immensen Rüstungsausgaben in immer neue Waffensysteme und Rüstung gesteckt, um die Vorherrschaft in der Welt zu sichern.

Die Konsequenzen dieser Politik sind:

- der völkerrechtswidrige NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien und die nun erfolgte einseitige staatliche Anerkennung des Kosovo;
- die NATO-Ost-Erweiterung (unter Bruch eines bei der Wiedervereinigung Deutschlands gegebenen Versprechens), die zur Konfrontation mit Russland und zur Destabilisierung in Europa führt. Die Konflikte um Georgien und die Ukraine sind Ergebnis dieser Logik;
- der Aufbau eines Raketenschildes in Osteuropa;
- die Militarisation der EU;
- die fatalen Kriege in Afghanistan (die NATO ist Träger der ISAF) und im Irak (die Koalition der Willigen besteht weitgehend aus Mitgliedern der NATO);
- die Abschottungspolitik gegenüber den durch Armut, Hunger, Krieg und Umweltzerstörung verursachten Flüchtlingsströmen.



Das alles ist nicht weit weg, sondern hat auch in Rheinland-Pfalz, im Saarland und Luxemburg seine Basis:

- ➔ der Einsatz für die Kriege in Afghanistan und im Irak werden über die US-Kriegsflughäfen in Ramstein und Spangdahlem logistisch abgewickelt
- ➔ im rheinland-pfälzischen Büchel lagern nach wie vor US-Atomwaffen unter deutscher Teilhabe
- ➔ die Soldaten des Fallschirmjägerbataillons 263 Zweibrücken und der „Saarlandbrigade“ in Saarlouis sind regelmäßig in Afghanistan im Einsatz. Der Flughafen Hahn wird für Nachttransporte von Soldaten und militärischer Ausrüstung benutzt und damit zu einem Militärflughafen umfunktioniert.
- ➔ in Luxemburg sind die Awacs Aufklärungsflugzeuge der Nato immatrikuliert, die im Dienste der USA ihre Aufklärungsarbeit im Mittleren Osten fortsetzen, obschon die luxemburgische Regierung sich vom us-amerikanischen Angriff distanziert hatte.

Die NATO-Staaten wollen in diesem Jahr das Militärbündnis als Erfolg feiern und ihre aggressive Sicherheitsstrategie erweitern. Wir sagen auch angesichts der Standorte in der Region:

NEIN zu dieser Kriegsmaschinerie, Kein Friede mit der NATO!

Wir fordern: Abrüstung statt Sozialabbau, Fluchtursachen bekämpfen nicht Flüchtlinge!

Nein zu Grundrechte- und Demokratieabbau, Nein zu zivilmilitärischer Kooperation und Bundeswehr/Militärwerbung (an Schulen, in Arbeitsagenturen, durch Gelöbnisse und Benefizkonzerte), Abzug der Bundeswehr und aller anderen NATO-Truppen aus Afghanistan, Auflösung der NATO!

Unser Ziel ist eine Welt ohne Militär und Krieg, eine Welt der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit, eine Welt, die ökologische Krisen verhindern kann. Wir wollen eine Welt der internationalen Solidarität!

Wir rufen am bundesweiten Aktionstag am Sa 14.03.2009 gemeinsam zu Demonstrationen auf:

- **in Saarbrücken:** ab 11h Kundgebung mit Kultur Bahnhofstr. (Höhe Thalia), Kontakt: no-nato-saar@gmx.de
- **in Koblenz:** Details stehen noch nicht fest, Kontakt: info@oekumenisches-netz.de
- **in Trier:** 12 - 14h Mahnwache am Pranger, Kontakt: agf-trier@t-online.de außerdem zu folgende Aktionen/Infoständen:
- **in Mainz:** Sa 28.2. und 7.3. Infostände in der Innenstadt jeweils 11-15h, Kontakt: dfgvmz@web.de
- **in Kaiserslautern/Landstuhl:** Fr 6.3. 8.30-13h Markt in Landstuhl, Stadthalle; Sa 7.3. 9h Kaiserslautern, Stiftskirche
- **in Ramstein:** Sa 7.3. 15h Friedensgebet an der Air Base Ramstein Kontakt: friedensinitiative@gmx.de
- **in Luxemburg:** Sa 21.3.15h Capellen, Mahnwache vor der Namsa NATO-Agentur für Materialerhaltung u. Ersatzteilversorgung,
- **in Büchel:** Sa 21. März 15h Mahnwache Kontakt: dr.elke.koller@t-online.de | Kontakt Luxemburg: friddensinitiativ@internet.lu

Entzieht dieser Politik die Legitimation! Beteiligt Euch an den grenzüberschreitenden Protesten gegen den NATO-Gipfel z.B. am 14. März vor Ort und im April 2009 in Strasbourg/ Kehl / Baden-Baden.

Die Protestaktivitäten anlässlich des NATO-Gipfels in Strasbourg bestehen aus einer Demonstration (Sa 4. April), einer internationalen Konferenz (Do. 2. April, bis So. 5. April), einem internationalen Widerstands-Camp (Mi.1. bis So. 5.4.) sowie Aktionen des zivilen Ungehorsams (www.nato-zu.de). **Informationen:** www.no-to-nato.org

Unterstützer: AG Frieden Trier, Pax Christi Trier, DFG-VK Trier/Mainz/ARE/LV RLP, Sozialforum Trier, NO-NATO- Saar, Friedensnetz Saar, Libertad! Saarbrücken, Pax Christ Saar, DKP Saar, LAG Frieden u. internationale Politik: DIE LINKE Saar, Initiative Menschenrechte Saarbrücken, Antinationale Offensive Saar, Friedensinitiative Westpfalz, Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar, Attac Saar, Friedensgruppe Daun, Vereinigung Bürger für Bürger Bernkastel-Wittlich, DKP RLP, Initiativkreis gegen Atomwaffen Büchel, DIE LINKE.RLP, www.Luftpost-Kl.de Deutscher Freidenker Verband RLP/Saarland; Aus Luxemburg: Friddensinitiativ, Attac, UNEL, Infoladen, MAR, KPL, déi Lenk, JK, jonk Lenk;

(Stand 17.2.09 12h weitere Unterstützer an agf-trier@t-online.de)



60 Jahre NATO

1949 Gründung der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft:

Art. 1: Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar ist.

1950 gegenüber Ostblock **Vorwärtsstrategie** 1952 Strategie der massiven Vergeltung

1957 Ausrüstung mit Atombomben

1961 Kubakrise beim Versuch der Sowjetunion dort Mittelstreckenraketen zu stationieren.

1967 Strategie der abgestuften Reaktion (**Flexible Response**)

1979 NATO-Doppelbeschluss mit Verhandlungsangebot und Nachrüstung von Mittelstreckenraketen in Europa; danach keine Entspannung sondern erhöhtes Wettrüsten.

1989/91 Zusammenbruch des Ostblocks und Auflösung des Warschauer Vertrages 1991 führen zu neuen Ideen über Aufgaben und Ziele und neuem Strategiekonzept:

„So sollte die NATO ein Instrument des Krisenmanagements, ein Verifikations- und Durchsetzungsinstrument der Rüstungskontrolle und ein intaktes Militärbündnis für friedenserhaltende Maßnahmen der UN sowie der OSZE“

Zu diesen Ideen gehörte seit 1992 die Bereitschaft zu „out of area“-Einsätzen.

1991 Der NATO-Gipfel von Rom:

„Die Sicherheitsinteressen des Bündnisses können auch durch andere weit gefächerte Risiken betroffen sein, einschließlich Terrorismus, Sabotage und organisierter Kriminalität sowie der Unterbrechung des Warenflusses der wichtigen Ressourcen. Die unkontrollierte Bewegung einer größeren Anzahl von Menschen, besonders in der Folge bewaffneter Konflikte, kann ein Problem für die Sicherheit und Stabilität des Bündnisses darstellen.“

„Zentral ist die Aussage in der neuen NATO-Strategie, dass nicht mehr nur Militäreinsätze nach Artikel 5 (Angriff auf einen Nato-Staat) des NATO-Statuts möglich sein sollen.“

1994 Pläne zur Osterweiterung der NATO (entgegen ursprünglichen Zusagen der USA bei der Wiedervereinigung Deutschlands)

1994-95 militärisches Eingreifen (vor allem Luftangriffe) der NATO im Konflikt um Bosnien-Herzegowina nach Angriffen auf Sarajewo und dem Massaker von Srebrenica.

1997 Zur Absicherung der Osterweiterung der NATO wird mit Russland ein Kooperationsvertrag über Zusammenarbeit und Sicherheit abgeschlossen.

1999 Luftangriffe gegen Jugoslawien im Krieg um den Kosovo; ohne UN-Mandat

1999 das neue strategische Konzept beruht auf der Washingtoner Erklärung:

„7. Wir sind unverändert entschlossen, denjenigen entschieden entgegenzutreten, die Menschenrechte verletzen, Krieg führen und Gebiet erobern. Wir werden sowohl die politische Solidarität als auch die Streitkräfte aufrechterhalten, die erforderlich sind, um unsere Völker zu schützen und den sicherheitspolitischen Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts zu begegnen. Wir verpflichten uns, unsere Verteidigungsfähigkeiten zu verbessern, um das ganze Spektrum der Bündnisaufgaben des 21. Jahrhunderts erfüllen zu können. Wir werden auch weiterhin durch Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitungsmaßnahmen Vertrauen bilden und Sicherheit schaffen. Wir verurteilen erneut den Terrorismus und bekräftigen unsere Entschlossenheit, uns vor dieser Geißel zu schützen.“

2001 Nach dem Terroranschlag in New-York Erklärung des Bündnisfalles und Beginn des Krieges um Afghanistan. Seit 2003 Übernahme der ISAF dort. UN-Mandat für die Gegenwart ist umstritten.

2008-09 infolge der Osterweiterung Konflikte mit Russland um Georgien und Ukraine

2008-09 Diskussion über ein neues Sicherheitskonzept mit dem Anspruch auf weltweite Ressourcensicherung. In einem hochrangigen Strategiepapier heißt es:

„Die gleichzeitige Beachtung von Verhältnismäßigkeit und Schadensbegrenzung wird in jenen Fällen schwieriger werden, in denen der Einsatz von Nuklearwaffen erwogen werden muss. Der nukleare Erstschlag ("first use of nuclear weapons") muss als letzte Option im Köcher verbleiben, um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und dadurch eine tatsächlich existentielle Bedrohung zu verhindern. Auf den ersten Blick mag das unverhältnismäßig erscheinen; aber angesichts des Schadens, der so verhindert werden könnte, wäre diese Verhältnismäßigkeit durchaus gegeben. Trotz der immensen Zerstörungskraft nuklearer Waffen bleibt das Prinzip der Schadensbegrenzung unberührt und muss weiter beachtet werden.“

In der Abschlusserklärung (Ziffer 37) der Tagung in Bukarest heißt es: „Die Verbreitung ballistischer Raketenysteme stellt eine wachsende Gefahr für die Truppen, das Territorium, die Bevölkerung der Alliierten dar. Eine Raketenabwehr bildet den Teil einer breiten Antwort, um diesen Gefahren zu begegnen.“ Russland sieht im Vorgehen den Beginn eines Wettrüstens, auf das es mit der Produktion neuer Waffensysteme antworten müsse.

